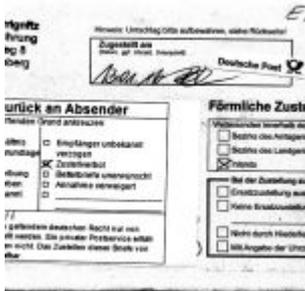


# Reichsbürger Gerd Schw. verursacht SEK-Einsatz in Reckenthin



Wieder einmal hat es ein Reichsbürger geschafft, Behörden, Polizei und Gerichte zu beschäftigen um den Weg in die ["Lügenpresse"](#) zu finden.

Versuchen wir einmal ein klein wenig zu rekapitulieren.

Gerd versucht seit der Wende irgendeiner Erwerbstätigkeit nachzugehen um sich, seine Gattin und die 7 Kinder zu ernähren. Er versucht es als Wirt, PC-Schrauber, Kfz-Schrauber und "Mietfahrer" mit einem Klein(st)transportunternehmen. Bei allen Tätigkeiten kassiert er aufstockendes SGBII und beklagt sich auf seinen diversen "Heimnetzseiten" lang und breit darüber, dass das Jobcenter ihm keine Festanstellung auf dem Silbertablett serviert. Er scheint davon auszugehen, dass es die Aufgabe des Jobcenters ist, ihm einen adäquaten Arbeitsplatz zu suchen, ihm den Arbeitsvertrag zu präsentieren, den er dann -bei Gefallen- antreten wird. Dies macht das Jobcenter natürlich nicht, weshalb er immer wieder versucht eine "Anschubfinanzierung" für die nächste Selbstständigkeit zu bekommen. Hierfür reicht er auch "Businesspläne" [sic!] ein, die nicht nur voll sind mit Rechtschreib-, Grammatik- und Interpunktionsfehlern, sondern in denen er auch klar macht, dass er wohl wirklich nicht viel Ahnung hat. Er behauptet, diese wären mit Hilfe einer Unternehmensberatung erstellt worden. Sieht man aber die erwarteten Umsätze an (von denen er dann leben möchte), so wird einem klar: Ist nicht!

In seinem [ersten Businessplan](#) (für einen PC-Service) geht er -nach 5 Jahren Betriebsbestehen- von einem jährlichen! Umsatz von 30.000 Euro, bei 14.000 Euro Betriebskosten aus, die Differenz soll dann den Lebensunterhalt einer (damals noch) 9-köpfigen Familie sichern. Bei [seinem zweiten Plan](#)

(Kleintransport) träumt er von einem monatlichen Umsatz von ca. 5.200 Euro, bei 3.300 Euro Betriebskosten, die Differenz stellt dann sein "Nettoeinkommen" dar.

Natürlich bleiben bei solchen Vorstellungen Schwierigkeiten mit dem Jobcenter nicht aus. So kommt es irgendwann -aufgrund der zu hohen Mietkosten- zu einer "Zwangsdeportation" nach Reckenthin. Die Immobilie hat er selbst gewählt, mit Blick auf seine geplante Selbstständigkeit.

*Das gesuchte Objekt hatte natürlich auch den Gewerblichen Hintergrund, die Lage: Mittig zwischen Hamburg - Berlin- Magdeburg, alles um die 160 Km, für Kleintransporte nicht uninteressant. Zwischen- Lager ca 400 qm, absolut ausreichend.*

Zwischenzeitlich "erwacht" Gerd so nach und nach und stellt fest: Er lebt in einer "BRD GmbH". Schlau wie er ist, stellt er sich und seine Familie (frei nach Frühwald) unter "staatliche Selbstverwaltung". Dumm ist natürlich, dass dieser "selbstverwaltete Staat" nicht in der Lage ist seinen Lebensunterhalt zu sichern und seine Kinder zu ernähren.

Die älteste Tochter zieht aus und kehrt der Familie den Rücken. Schuld ist natürlich die "BRD GmbH", die gezielt jegliche familiäre Strukturen zerstören möchte.

Natürlich gibt es immer mehr Ärger, das Jobcenter will nicht zahlen, da er die geforderten Unterlagen nicht einreicht, seiner Mitwirkungspflicht nicht nachkommt und Schreiben auch einfach zurückgehen lässt. Das "begründet" er so:

*Erste Frechheit schlecht hin ist ein „gelber Brief“ der überaus kriminellen Organisation/Firma Jobcenter Prignitz/Pritzwalk. wie unschwer zu erkennen wurde dieses Ding, der „gelbe Brief“ an den Absender zurückgewiesen, warum dürfte auf der Hand liegen. Nur eine [Behörde] so überhaupt existent könnte eine [Förmliche Zustellung] vornehmen, eine Firma jedenfalls nicht.*

Gleiches gilt natürlich für Schreiben/Beschlüsse/Urteile des (Amts- bzw. Sozial-)Gerichts, bei dem er selbst aber Klage gegen das Jobcenter einreicht.

Zur Eskalation führte letztendlich, dass er genauso hingebungsvoll wie mit dem

Jobcenter mit seinem Stromversorger streitet. Er hat ja keinen Vertrag, schließlich würde der die Unterschrift zweier "natürlicher Personen" benötigen und er ist ja "Mensch unter staatlicher Selbstverwaltung".

Da er selbst seinen Zähler nicht abliest, wird der jährliche Verbrauch geschätzt. Dies führt dazu, dass die monatliche Abschlagszahlung -wie schon so oft- erhöht wird.

Da er ja ein überaus schlauer "staatlicher Selbstverwalter" ist, der Recht und Gesetz -dank Youtube-Jura-Studium- besser kennt als sonst jemand, liest er jetzt natürlich nicht den Zähler ab und bittet um entsprechende Korrektur der Endrechnung und Abschlagszahlungen...nein...er schreibt über 100-seitige "Schriftsätze" und zahlt 120 Euro weniger Abschlag als gefordert. Dies auch deshalb, weil das Wasser wohl nicht mehr mittels Strom erwärmt wird.

Logisch, dass sich die Firma E-ON (bzw. ihr "Discountanbieter" E-ON2day") dies nicht lange gefallen lässt. Zum einen kündigt "E-ON2day" den Vertrag, so dass er jetzt wieder zum Normaltarif beim Grundversorger E-ON ist, zum Anderen folgt der Mahnbescheid. Dieser wird vom schlauen Gerd "zurückgewiesen" indem der Briefumschlag mit lustigen Aufklebern versehen wird, dann aber mal wieder 40-, 50- 100-seitige "Schriftsätze" ans Gericht versandt werden.

Gleichzeitig findet der schlaue Gerd dann auch noch das tolle "Prinzip OPPT/UCC/I-UV" und sieht damit wirklich "Licht am Ende des Tunnels". So versendet er jetzt zusätzlich zu seinen aberwitzigen Schriftsätzen noch sogenannte "Kulanzmitteilungen" und natürlich tolle "Rechnungen" in denen er bis zu 10.000.000 Euro (zahlbar in Gold- oder Silberbarren) als "Schmerzensgeld" oder "Aufwandsentschädigung" (für seine Schreiben) berechnet.

Die wirklich leidtragenden der Wahnvorstellungen von Gerd sind letztendlich natürlich die Kinder, wobei er die [-wie man diesem Bericht in der "Lügenpresse"](#) entnehmen kann- schon wunderbar indoktriniert sind. Hier erzählt der Sohn:

*Die MAZ telefonierte am Nachmittag mit dem 18-jährigen Sohn René Schweitzer. Waffen seien bei der Durchsuchung nicht gefunden worden, sagt er. „Was von der Polizei als Messer angesehen wurde, war eine normale Metallfeile.“ Mit dem Begriff „Reichsbürger“ könne er nichts anfangen. „Wir sind als Familie in staatlicher Selbstverwaltung“, erklärt er.*

Für die Tochter hat er Antrag auf Übernahme der Kosten für die Klassenfahrt gestellt, auch hier hat er die entsprechenden Schreiben mit der Aufforderung um Mitwirkung natürlich "zurückgewiesen", damit dürfte die Tochter zu Hause bleiben müssen, außer es findet sich noch ein netter Spender.

Nachdem er auch aktuell für den Bezug von Sozialleistungen nach SGBII der Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen ist, hat er zum einen "Antrag auf Vorschusszahlung" gestellt, zum anderen aber auch die Schreiben des Jobcenters und des Sozialgerichts wieder "zurückgewiesen". [Seine Schriftsätze](#) dazu veröffentlicht er jetzt in seinen diversen Blogs. Helfen wird das natürlich nichts.

Da Gerd ein wirklich ganz, ganz Schlauer ist, hat er während des gesamten gestrigen SEK-Einsatzes natürlich [gezwitschert](#).

Es ist wirklich erschreckend, mit welchem Egoismus und welcher Rücksichtslosigkeit gegenüber seiner Familie Gerd seine Wahnvorstellungen und seine -nicht vorhandene- Bildung auslebt. Noch erschreckender ist allerdings, dass noch nicht einmal die Mutter diesem Treiben -im Interesse ihrer Kinder- ein Ende setzt. Aber beide sind wohl der vollen Überzeugung für ihre Kinder nur das Beste zu wollen.

*[...]denn wir lieben unsere Kinder ![...]*

*Hört sich vielleicht hart an, aber zu sehen, in was für einer Lügenwelt meine Kinder jetzt leben müssen ist noch viel härter, denn das hab ich mir für meine Kinder nie gewünscht!*

Die "Lügenwelt" wird ja vor allem von diesem überschlaunen Vater erschaffen.

Würde er seine Kinder wirklich lieben und wäre bereit Verantwortung für sein Leben (und das seiner Kinder) zu übernehmen, würde er an der Situation etwas ändern - sei es nur, indem er die Anträge bei der ARGE richtig ausfüllt und seiner Mitwirkungspflicht nachkommt, statt sich in irgendwelche Wahnwelten zu flüchten und sinnlose, 100-seitige, "Schriftsätze" mit wirrem Inhalt zu verfassen.

---

# **Nach Misshandlung durch Reichsbürger: Schäferhund Saskia sucht neues BRD Zuhause**



Hilferuf: Die 4 Jahre alte, reinrassige Schäferhündin Saskia sucht ein neues, BRD-freundliches Zuhause. Aufgewachsen war sie bei einem staatlichen Selbstverwalter, der jedoch nicht gewillt war eine Hundesteuer zu entrichten. Nach den üblichen Streitereien mit Staat und Gerichtsvollzieher kam Schäferhündin Saskia bereits im Alter von wenigen Monaten in eine BRD Auffangstation. Unter dem Vorwand Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland zu sein gelang es einem Reichsbürger die Hündin als reinrassiges Statussymbol zu erwerben. Es folgten Jahre der Qual und Misshandlungen.



Aufgrund fehlender Sozialkompetenzen des Reichsbürgers hatte die Hündin jedoch nicht viel Kontakt zu Menschen. Ihr Vertrauen wurde durch Schläge und Tritte des reichsdeutschen Halters nicht gerade gefördert. Durch Einsatz des OAZ (Operatives Abwehrzentrum Rechtsextremismus) wurde der Reichsbürger Ende 2013 festgenommen und die zu diesem Zeitpunkt sehr verwahrloste Hündin Saskia gerettet.

Es wird nun ein freundliches BRD Zuhause für die Hundedame gesucht.  
Möchten sie Saskia ein Zuhause schenken?

Die reinrassige Schäferhündin ist ca. Mitte Januar 2010 geboren und hat eine Schulterhöhe von ca. 60 cm. Sie ist geimpft, gechipt, entwurmt und wird mit EU-Heimtierausweis vermittelt.

*Bei Interesse schreiben sie einfach an die SSL Redaktion.*

---

# Statistik beweist: Reichsdeutsche 10x häufiger Opfer von Mobbing am Arbeitsplatz



Man schätzt, dass etwa eine Million Berufstätige in Deutschland gemobbt werden und unter Mobbing leiden. Repräsentative Nachforschungen waren noch bis vor kurzer Zeit undenkbar. Erst das SSL-Meinungsforschungsprogramm brachte Klarheit. Die neue Statistiken legen offen, dass gerade Reichsbürger 10x häufiger Opfer von Mobbing am Arbeitsplatz sind.



Ursachen für dieses Phänomen sehen Forscher in den fehlenden Sozialkompetenzen der Reichsbürger und BRD-Verweigerer. Ihre absurde politische Meinung und der daraus resultierenden Gesellschaftsunfähigkeit machen sie zum leichten Mobbingopfer für Kollegen und Mitarbeiter. Weiter ist mit der, von Reichsdeutschen praktizierten, Schutzhaltung, genannt "Paranoia"

das Mobbing in den meisten Fällen unausweichlich. Ebenfalls ist in dieser Statistik zu berücksichtigen, dass gerade Reichsdeutsche 10x seltener einer kontinuierlichen Berufstätigkeit nachgehen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat aus diesem Anlass bereits eine eigene Broschüre für Arbeitgeber veröffentlicht. Es wird explizit vor Reichsbürgern und Selbstverwaltern gewarnt, da man diese als faule und antriebslose Arbeitnehmer beschreibt. Mit einem Reichsbürger als Arbeitnehmer sind juristische Auseinandersetzungen bereits vorherbestimmt.

Sozialhilfeempfänger nach BRD Recht wurden in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Hier dürfte sich eine weitaus größere Anzahl an realitätsfernen Mobbingopfern aus Kreisen der Reichsbürger finden lassen.

---

# **Unter Druck: Gerichtsvollzieher zahlt 1.200.000€ Schadensersatzforderung an staatlichen Selbstverwalter**



Wie nun bekannt wurde gelang es einer bis jetzt unbekanntem Staatlichen Selbstverwaltung nach UN-Res/56/83, eine eingeforderte Schadensersatzforderung, an einen Gerichtsvollzieher aus Bayern, durchzusetzen.



Nach grober Amtswillkür, Amtsanmaßung und Formfehlern bei der Zustellung, machte der Selbstverwalter Ernst. Gemäß der Remonstrationspflicht, welcher der Gerichtsvollzieher nicht nachgekommen war, sowie mehrere Androhungen der Schadensersatzforderungen wurde der Vertrag des staatlichen Selbstverwalter rechtskräftig.

Durch Ermittlung seitens internationalen Menschenrechtskommissaren und Rechtssachverständigen des Deutschen Reiches wurde die Rechtskraft der Forderung erneut bestätigt.

Unter Androhung von Gewalt sah der Gerichtsvollzieher schließlich keinen weiteren Ausweg und zahlte die Forderung in Höhe von € 1.200.000,- aus der Kasse des zuständigen Finanzamtes.

Weitere Informationen folgen in kürze...